

Gemeinde Bestwig

Beglaubigter Beschlussauszug

öffentliche/~~nichtöffentliche~~ Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom
20.12.2017

Top 10 Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Bestwig mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2018 und 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2018

Zur Beratung gelangt der Sachverhalt gemäß Verw.-Vorlage Nr. 083/2017, 089/2017 und 091/2017.

Bürgermeister Ralf Péus verweist zunächst auf die o.g. Verw.-Vorlagen. Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wurde am 22.11.2017 eingebracht und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.12.2017 – nach Vorstellung in einer gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Rates / der Ausschüsse am 23.11.2017 – beraten.

Sodann erteilt der Bürgermeister Ralf Péus dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

das Jahr 2017 können wir nach derzeitigem Stand mit einem Überschuss von etwa 1,5 Mio. € abschließen. Das ist das Ergebnis einer nicht in dieser Höhe erwarteten Mehreinnahme bei den Gewerbesteuern, nachdem wir ursprünglich noch von einem Jahresfehlbetrag von 1,6 Mio. € ausgingen. Das freut uns natürlich sehr. Doch dieser Umstand zeigt uns auch, wie zunehmend unsicher Finanzplanungen auf kommunaler Ebene und besonders in der Gemeinde Bestwig sind. Das konnten wir, wenn auch nicht in diesem Ausmaß, bereits in den vergangenen Jahren beobachten.

Die Mehreinnahmen aus 2017 helfen uns, die Liquidität auch ohne Kassenkredite wieder herzustellen, das haben wir viele Jahre nicht für möglich gehalten. Bekanntlich hat jedoch jede Medaille zwei Seiten:

Zum einen wird ein nicht unerheblicher Teil der diesjährigen Mehreinnahmen eine höhere Kreisumlage, der Gewerbesteuerumlage sowie Einnahmемinderungen bei den Schlüsselzuweisungen die Haushalte der 2018 und 2019 zusätzlich belasten und die Fehlbeträge weiter erhöhen. Dieses Problem wäre am einfachsten mit höheren Gewerbesteuereinnahmen auch in den kommenden Jahren gelöst, hiervon können wir leider jedoch nicht ausgehen.

Was uns bleibt, ist neben der derzeitigen Liquidität eine Auffüllung unserer Ausgleichsrücklage, die auch dringend nötig ist. Zu sehr wurde unser Eigenkapital bereits durch die Fehlbeträge der letzten Jahre geschmälert. Und das Eigenkapital besteht nicht aus im Rathauskeller oder Fort Knox deponierten Goldreserven, sondern größtenteils aus nicht verkäuflichen Straßen und Gebäuden wie unseren Schulen.

Für 2018 sind wir dann auch wieder auf dem Boden der Tatsachen gelandet, beträgt der Fehlbedarf in der Ergebnisrechnung wieder mehr als 1,1 Mio. €.

Ich möchte Sie aber heute nicht mit der Kommentierung von Haushaltskennzahlen langweilen, sondern vielmehr einige der für die CDU wichtigen Punkte darstellen. In der Notwendigkeit der meisten Ausgabe-Positionen sind wir uns fraktionsübergreifend einig, bei den Einnahmepositionen ist unser Entscheidungsspielraum mit Ausnahme der gemeindlichen Steuern sehr begrenzt.

Die Grundsteuern, Gewerbesteuern und Hundesteuer werden wie bereits beschlossen nicht erhöht, wenngleich wir eine Erhöhung aufgrund von möglichen Zwängen aus dem Haushaltssicherungskonzept in den nächsten Jahren nicht ausschließen können. Vorher sollten jedoch alle Ausgaben wieder und wieder auf Einsparmöglichkeiten überprüft werden.

Ab dem Jahr 2025 müssen wir einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen, sonst droht uns ein fremdbestimmter Nothaushalt mit all seinen negativen Folgen. Der Haushaltsausgleich ist nach der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zwar möglich, angesichts der Personal- und Sachkostenentwicklung sowie den immer weiter überproportional steigenden Transferaufwendungen wie der Jugend- und Kreisumlage drängen sich bei mir jedoch Zweifel an einem Gelingen auf. Die Kreisumlage steigt auch trotz Senkung des Hebesatzes aufgrund der sogenannten „Mitnahmeeffekte“ in Summe immer weiter, wobei uns die Jugendamtsumlage mit ihren hohen Steigerungsraten den Erfolg unseres Haushaltssicherungskonzeptes allein gefährden kann.

Wie in jedem Jahr weise ich bei dieser Gelegenheit auf Möglichkeiten mittelfristiger Kosteneinsparungen hin, die aus meiner Sicht intensiver genutzt werden sollten.

Nach dem E-Government-Gesetz müssen alle Kommunen spätestens bis zum 1. Januar 2021 die Durchführung ihrer Verwaltungsverfahren mit Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmen auf elektronischem Weg anbieten. Hier liegt noch ein weiter Weg vor uns. Umstellungen der innerbehördlichen Prozesse unserer Verwaltung sollten daher schnellstmöglich vorbereitet werden. Hier haben viele Kommunalverwaltungen gegenüber der deutschen Wirtschaft, aber auch gegenüber vielen Verwaltungen im europäischen Ausland massiven Nachholbedarf. Je zügiger wir hier vorankommen, desto eher profitieren Bürger und Gemeinde von der neuen zunehmend digitalisierten Welt, die wir ohnehin nicht verhindern können und schon gar nicht verhindern wollen.

In Zusammenarbeit mit der IT- Südwestfalen haben wir einen starken kommunalen Partner an unserer Seite, der uns seine Unterstützung angeboten hat. So können wir durch Nutzung des neuen Hochsicherheits-Rechenzentrums die notwendigen Sicherheitsstandards gewährleisten, was bei eigenem Serverbetrieb in einer kleinen Gemeinde aufwendig und zudem viel zu teuer ist.

Für das Bürgeramt soll in 2018 im Bereich der Arbeitsvermittlung ein Dokument-Management-System (DMS = Document Management System) für 21.000 € angeschafft werden. Als Grundlage für ein funktionierendes E-Government benötigen wir dieses bald auch für die anderen Arbeitsplätze unserer Verwaltung. Mit der Einführung sollte daher aus meiner Sicht nicht zu lange gewartet werden, verbirgt sich doch hier deutliches Verbesserungspotenzial für eine teilautomatisierte, schnellere und transparente Aufgabenerledigung innerhalb der Verwaltung sowie in der Kommunikation nach außen. Gleichzeitig werden so Grundlagen für weitere Synergieeffekte durch interkommunale Zusammenarbeit auch im Verwaltungsbereich gelegt.

Dies haben nach einem Pressebericht von gestern auch unsere Nachbarn in Eslohe erkannt. Vor einigen Tagen hat sich der Rat parteiübergreifend für eine interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der IT ausgesprochen. Denn eines ist klar: Es wird in der Zukunft immer schwieriger, gutes Personal für die Verwaltungsarbeit in einer kleinen Gemeinde zu gewinnen.

Lassen Sie mich noch zu einigen Projekten in diesem Haushalt ein paar Worte ausführen, beginnen möchte ich mit der geplanten Erstellung eines IKEK: IKEK steht „integriertes kommunales Entwicklungs-Konzept“. Ziel dieses Konzeptes ist es, mit Hilfe eines externen Planungsbüros die Ortsteile und Siedlungen unseres Gemeindegebietes mit all ihren Facetten gründlich zu analysieren und deren Stärken wie Schwächen aufzuzeigen. Am Ende des Jahres soll unter Mitwirkung interessierter Bürger und Vereine ein ganzheitliches Konzept für die weitere Entwicklung stehen, welches dann als Grundlage und Voraussetzung für städtebauliche Förderungen dient. Die Auftragsvergabe an ein Planungsbüro zur Unterstützung der IKEK-Erstellung werden wir noch im weiteren Verlauf der heutigen Ratssitzung beschließen.

LEADER-Projekte in der Gemeinde Bestwig:

Für zwei mögliche LEADER-Projekte hat der Kämmerer bereits gemeindliche Eigenanteile im Haushaltsentwurf eingeplant, über die wir bereits in der Fraktion und der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ausgiebig diskutierten.

Beim ersten Projekt geht es um die Plästerlegge, dem einzigen natürlichen Wasserfall Nordrhein-Westfalens. Eine Plattform, die den Wasserfall nach Durchforstung hautnah erlebbar machen soll, ist eine gute Idee für ein Leaderprojekt. Sie findet daher unsere Unterstützung, wenngleich 70.000 € Gesamtkosten sicher kein Pappentier sind. Auch wenn der Gemeindeanteil nur die Hälfte der Summe ausmacht, geht der LEADER-Anteil jedoch anderen möglichen Projekten in unsere Gemeinde verloren. Daher wäre es vorteilhaft, hier Kosten einzusparen, ohne das Ziel zu verfehlen. Wichtig ist uns jedoch, dass die baulichen Anlagen aus langlebigen Materialien erstellt werden.

Das zweite Projekt ist in unserer Fraktion da schon kontroverser diskutiert worden. Es geht um das ehemalige Stellwerk und Schrankenwärterhäuschen, welches nach den Vorstellungen der Verwaltung saniert und als Ort für verschiedene Events ausgebaut werden soll. 200.000 € erscheint uns als hohe Summe für dieses Vorhaben, so dass wir unseren Diskussionsprozess zu diesem Projekt noch nicht abgeschlossen haben. Vielleicht steht am Ende dieses Diskussionsprozesses ja ein gutes und tragfähiges Nutzungskonzept, welches die hohen Sanierungskosten rechtfertigt. Aber es gibt auch Alternativen zu einer Sanierung. Einige der andiskutierten Alternativen möchte ich in diesem Zusammenhang wie bereits in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses kurz benennen: wie z.B.

- eine kostengünstige Fassadensanierung ohne kostenintensiven Innenausbau
- Abriss des Gebäudes und Aufstellung des ebenfalls noch vorhandenen Wasserhahns mit einer LED-beleuchteten Dampflok-Imitation an diese Stelle. Die könnte ein Hingucker und Erkennungsmerkmal werden, wie es in dieser Form weit und breit noch keines gibt.
- Ladepunkt für E-Mobilität wie E-Bikes und oder PKW, die auch in Bestwig ein Thema werden wird
- Aufstellort für abschließbare Fahrradboxen für Pendler und Radtouristen

- Eine Kombination verschiedener Nutzungen

Hier wünschen wir uns unter Mitwirkung interessierter Bürger und Vereine einen Wettbewerb der Ideen. Erst danach sollen die notwendigen Mittel für die dann favorisierte Lösung mit einer separaten Ratsentscheidung freigegeben werden.

Bei allen Lösungen gilt jedoch, dass wir die Folgekosten vor einer Entscheidung deutlich benennen und bei der Entscheidung berücksichtigen.

Wir halten es für gut und richtig, die Geschichte des Bergbaus wie der Bahn als prägende Elemente der Gemeinde Bestwig zu pflegen.

Nicht umsonst hat die CDU-Fraktion mit ihrer Ratsmehrheit vor 9 Jahren vom Vorkaufsrecht des heruntergekommenen Bahnhofsgebäudes Gebrauch gemacht und es nach Prüfung verschiedener Konzepte an einen engagierten Käufer weiterveräußert. Zurückblickend war das eine goldrichtige Entscheidung, haben wir seitdem doch wieder einen richtig schmucken und gepflegten Bahnhof. Das Stellwerkgebäude wollte die Bahn damals nicht behalten und hat es daher nach dem „Auschlachten“ des Gebäudeinneren kurzerhand mit in die Verkaufsmasse gepackt.

An die 150-jährige Bahntradition wird zudem noch eindrucksvoll mit dem Lokdenkmal auf dem Bahnhofsvorplatz erinnert. Die Bahntradition ist in Bestwig ja auch noch keinesfalls beendet, auch wenn der Standort von seiner überregionalen Bedeutung verloren hat.

Auch für den Bergbau haben wir durch unsere Entscheidung zur Übernahme des Untertagebereiches im Jahr 2008 das Bergbaumuseum vor der Bedeutungslosigkeit und wohl nachfolgenden Schließung bewahrt.

Von der Richtigkeit dieser Entscheidung sind wir auch heute noch überzeugt, die hohen und weiter steigenden Besucherzahlen sprechen da eine deutliche Sprache.

Allen Beteiligten muss aber klar sein: Das kostet der Gemeinde mit ca. 100.000 € pro Jahr viel Geld. Hinzu kommt noch der Anteil des Hochsauerlandkreises in gleicher Höhe.

Worauf ich mit meinen Ausführungen hinweisen möchte:

Wir sollten vor jedem Projekt genau analysieren, wie hoch die Unterhalts- und Betriebskosten für solche Einrichtungen zukünftig sein werden und entsprechende Priorisierungen vornehmen. Zu leicht kommt man aufgrund einmaliger Zuschüsse in Versuchung, Neues zu schaffen, deren Folgekosten uns dann später über den Kopf wachsen – das sind dann die teuren Geschenke.

Nicht jedes Gebäude kann auf Kosten der Bestwiger Bürger erhalten werden, auch wenn es von einzelnen Gruppen gewünscht wird.

...neben der Besinnung auf unsere Geschichte und der Förderung des Tourismus gibt es aber noch eine Reihe weiterer wichtiger Zukunftsthemen.

Beginnen möchte ich mit dem Bedarf der jüngsten Einwohner:

Eigene Kitas betreibt die Gemeinde nicht mehr, der vorhandene Bestand ist dank der Kirche und Elternvereine von hoher Qualität mit ausreichendem Angebot an Plätzen sichergestellt. Die Gemeinde leistet hier jedoch noch freiwillige Zuschüsse an die Träger und ist als Eigentümer der KiTa in Ramsbeck auch weiter für die Gebäudeinstandhaltung zuständig.

Die Grundschulen befinden sich nach umfangreichen Sanierungen der vergangenen Jahre heute allesamt in einem guten Zustand, besser als in manch anderer Kommune. Trotzdem gibt es laufend Finanzbedarf wie z.B. in 2018 für Außenspielgeräte.

Die Offene Ganztagschule an der Grundschule Velmede erfreut sich großer

Beliebtheit und konnte in diesem Jahr mit der Einrichtung einer 2. Gruppe erweitert werden.

Die Real- und Hauptschule werden jedes Jahr kleiner, bis in zwei Jahren die letzten Schülerinnen und Schüler mit ihrem Abschluss diese Schulformen in Bestwig beenden werden. Der Schlüssel wird im Schulzentrum jedoch nicht herumgedreht, ist doch die Sekundarschule bis dahin mit allen Jahrgangsstufen in Bestwig präsent.

Der Standort der Sekundarschule soll bereits in 2018 von den Mitteln des Förderprogramms „Gute Schule“ profitieren. Auch in den Folgejahren sollen umfangreiche Sanierungen und Verbesserungen an und in der Schule erfolgen, damit diese Schule ein langfristiger Erfolg wird. Mit insgesamt mehr als 2 Mio. € Gesamtinvestitionen in den kommenden Jahren würden wir nach heutigen Planungen dann über einen barrierefreien Schulstandort mit ungewöhnlich viel Raum für differenziertes und effektives Lernen verfügen. Wir sind zuversichtlich, dass nach den landespolitischen Umbrüchen in der Schullandschaft jetzt Ruhe einkehren wird. Gleichzeitig hoffen wir auf eine steigende Bereitschaft der Eltern, durch Anmeldungen ihrer Kinder die Sekundarschule mit Leben zu füllen – sonst würden die Investitionen natürlich keinen Sinn machen. –

Die Alternative dazu möchte ich mir heute nicht vorstellen wollen.

Das Kulturangebot ist dank des Vereins „KulturPur“ für Kommunen unserer Größe beispielhaft und erfreut sich auch weit über Bestwigs Grenzen hinweg großer Beliebtheit. Der bescheidene jährliche Zuschuss für KulturPur ist somit bestens für das breite Kulturangebot vor Ort angelegt.

Die Feuerwehr wird im Rahmen unserer Möglichkeiten bestmöglich ausgestattet, hier werden auch in diesem Jahr wieder umfangreiche Mittel für ein Löschfahrzeug und Sanierungen bereitgestellt. Jede Löschgruppe hat ihre eigenen Räumlichkeiten und ist im gesellschaftlichen Gefüge ihres jeweiligen Ortsteils tief verwurzelt. Nachwuchssorgen und Tagesbereitschaft in einzelnen Löschgruppen bereiten uns jedoch ein wenig Sorgen für die Zukunft. Wir wünschen den Verantwortlichen in diesen Zeiten viel Erfolg bei der Anwerbung von Nachwuchskräften wie Quereinsteigern und unterstützen hier, soweit es für uns nur möglich ist.

Unsere Sportvereine passen aufgrund der demografischen Entwicklung mit immer weniger Kindern und verändertem Freizeitverhalten laufend ihre Aktivitäten an. Mit der Schaffung von Angeboten und Kooperationen mit Schulen gehen sie auch auf die Bedürfnisse von Ganztagschülern ein. Gleichzeitig wird das Angebot im Gesundheitssport gerade für die immer stärker Generation der sogenannten „Best-Ager“ und Senioren ausgebaut. Auch hier ist die Gemeinde mit der Unterhaltung der Sportanlagen wie Turnhallen, Sportplätzen und der Schwimmhalle im Boot.

Ein Sportverein in unserer Gemeinde klagte in diesem Jahr dennoch über eine unzureichende und nicht zielführende Sportförderung in der Gemeinde Bestwig. Innerhalb der CDU-Fraktion haben wir inzwischen eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die unsere Sportförderrichtlinien mit denen anderer Kommunen unserer Größenordnung vergleicht und auf mögliche Verbesserungspotenziale überprüft. Die Ergebnisse sollen bis zum kommenden Herbst unter Beteiligung von interessierten Sportvereinen in mögliche Änderungsvorschläge münden. Zum Haushaltsjahr 2019 könnten die Sportförderrichtlinien dann bei erkanntem Bedarf angepasst werden.

Ein für die Zukunft ganz wichtiges Thema ist der Zustand und die Weiterentwicklung unserer Infrastruktur:

Unsere Straßen sind nach meinem subjektiven Empfinden im Durchschnitt nicht schlechter als bei unseren Nachbarkommunen, wenngleich es auch hier eine ganze Reihe sanierungsbedürftiger Straßen und Wege gibt.

Daher findet die Aufstockung der Mittel für die Straßenunterhaltung unsere volle Zustimmung. Frühzeitige Deckenerneuerungen oder Ausbesserungen helfen, teure Folgeschäden zu minimieren.

Die Straßen, die zum Leidwesen der Anwohner nach dem Kommunalabgabengesetz mit Anliegerbeiträgen grundsaniert werden müssen, sind in der Regel meist schon mehr als 40 Jahre alt und mit einer normalen Straßenunterhaltung für die heutige Verkehrsbelastung meist nicht mehr zu retten.

Zur Einwohnerentwicklung und den notwendigen Konsequenzen:

Nach den Prognosen könnte die Gemeinde bereits im Jahr 2018 erstmals die 11.000 –Einwohner-Marke unterschreiten. Damit haben wir seit den 90er Jahren insgesamt bereits die Einwohnerzahl einer Ortschaft wie Bestwig verloren. Die Unterhaltung unserer Infrastruktur muss daher von immer weniger Menschen finanziert werden. Nachhaltigkeit und Effizienz muss daher eine zentrale Rolle in unserem politischen Handeln einnehmen.

Einige gute Beispiele aus der Vergangenheit gibt es bereits:

Die Wasserversorgung ist bei unserem kommunalen Unternehmen Hochsauerlandwasser GmbH nach wie vor bestens aufgehoben - ein Beispiel hervorragender interkommunaler Zusammenarbeit. Zukunftsweisende Projekte wie beispielsweise der Bau des hochmodernen Wasserwerkes am Hennesee wären für das frühere Wasserwerk Bestwig sicher nicht möglich gewesen.

Das Strom- und Gasnetz ist inzwischen mehrheitlich wieder in kommunalem Besitz, ohne dass die Bürger für Zins und Tilgung mit Steuer- oder Gebührenerhöhungen belastet werden müssen.

Die Abwasserentsorgung betreiben wir zwar noch in einem eigenen Gemeindewerk, die Betriebsführung wurde jedoch an die Hochsauerlandwasser GmbH vergeben. Wir bitten hier die Verwaltung, weitere Alternativen wie eine Übertragung an den Ruhrverband zu prüfen. Evtl. könnte in einem größeren Verbund die Kostenstruktur und Effizienz nachhaltig verbessert werden, um die Abwassergebühren in Bestwig auf einem bezahlbaren Niveau halten zu können. Viele Kommunen wie z.B. unsere Nachbarn aus Meschede und Schmallenberg sind bereits mit guten Erfahrungen diesen Schritt gegangen.

Zur Infrastruktur gehört heute aber genauso eine leistungsfähige Breitbandversorgung, einem weiteren ganz wichtigen Thema für die CDU-Fraktion.

Bis Ende des Jahres wird unsere Gemeinde fast flächendeckend mit einer akzeptablen Internetgeschwindigkeit von 50 MBit/s ausgebaut sein.

- Durch den Hochsauerlandkreis wurden Anträge auf Bundesförderung für die kleinen Ortschaften sowie die Gewerbegebiete in Velmede und der Alfert bewilligt.
- Die Kernbereiche der Gemeinde werden im kommenden Jahr durch den Eigenausbau der Netzbetreiber Deutsche Telekom und RWE Innogy ebenfalls ausgebaut.

Damit wird auch in unserer Gemeinde nun endlich ein Standard erreicht, der in den meisten anderen Kommunen längst vorhanden ist.

Es handelt sich beim geplanten Ausbau jedoch ausnahmslos um Techniken, die zumindest streckenweise noch Kupferleitungen nutzen. Diese wurden für das Te-

lefonieren oder Kabelfernsehen entwickelt und sind für zukünftige Anforderungen einer fortschreitenden Digitalisierung nicht geeignet. Aber gerade bei uns im ländlichen Raum benötigen wir eine schnelle Anbindung, damit sich Firmen hier halten und neue Betriebe gegründet werden, junge Leute hier wieder ihre Zukunft sehen und nicht in so großer Zahl in die Ballungsräume abwandern.

Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet mit großen Wachstumsraten weiter voran und in wenigen Jahren wird nach Überzeugung aller Experten eine Glasfaser bis in die Gebäude der Standard sein. Daher möchten wir, dass dort, wo die Straßen auf ganzer Länge aufgrund Straßensanierung oder Leitungsbau aufgebrochen werden, diese für die sogenannte FTTH-Technik (=fibre to the home) vorbereitet werden. Damit ist eine durchgängige Glasfaseranbindung bis in die Gebäude und Firmen gemeint. Somit können unnötige Aufbrüche von Straßen vermieden werden, die kurz zuvor mit teilweise hoher Kostenbeteiligung der Anwohner erst erneuert wurden. Gleichzeitig werden Synergien genutzt, beträgt der Tiefbauanteil einer späteren Einzelverlegung des Glasfasernetzes doch bis zu 80 % der Gesamtkosten.

Es könnte Fälle geben, in denen sich kein Betreiber für die vorbereitenden Maßnahmen zum FTTH-Ausbau finden wird. Nur in diesen Fällen soll die Gemeinde dann selbst aktiv werden und Mikrorohre, wenn möglich bereits mit Hausabzweigen, verlegen. Diese können dann später genutzt werden, um das FTTH-Netz mit ausbauwilligen Betreibern ohne neue Straßenaufbrüche auszubauen.

Daher möchten wir den Betrag für diese Zwecke vorsorglich auf 100.000 € aufstocken, denn eine moderne Breitbandversorgung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Zukunft unserer Gemeinde.

Das war es auch schon, was ich sagen wollte. Ich hoffe, es war nicht zu lang.

In diesem Sinne möchte ich mit beim Bürgermeister Ralf Péus, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich für die in diesem Jahr geleistete gute Arbeit bedanken. Unserem Kämmerer Klaus Kohlmann gilt da ein besonderes Dankeschön.

Auch der SPD-Fraktion mit ihrem neuen Vorsitzenden Paul-Theo Sommer gilt mein herzlicher Dank für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Versäumen möchte ich jedoch nicht, mich bei dieser Gelegenheit noch einmal ausdrücklich bei dem im Sommer ausgeschiedenen SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Liedtke für die vergangene vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit herzlich zu bedanken.

Danke auch an einen Kollegen, der sich selbst als „Pirat ohne Meute“ mit hohem Fachwissen und Engagement konstruktiv in die politische Arbeit unserer Gemeinde einbringt. Vielen Dank Julius.

Ihnen und euch allen wünsche ich frohe Festtage und uns gemeinsam im kommenden Jahr glückliche und vor allem nachhaltige Entscheidungen.

Vielen Dank fürs Zuhören

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Paul Theo Sommer**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

In den Haushaltsberatungen für 2018 mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die finanzielle Situation der Gemeinde Bestwig weiterhin kritisch ist. Der Kämmerer hat beim Haushaltsentwurf im Ergebnisplan bei den Aufwendungen und Erträgen Zahlen vorgelegt, die sehr unerfreulich sind. Von einer schwarzen Null oder gar einem positiven Ergebnis sind wir mit einem prognostizierten Fehlbetrag von etwa 1,2 Mio. € (Stand Haupt- und Finanzausschuss 06.12.17) meilenweit entfernt.

Erfreulich für die Bürger und Bürgerinnen sind die unveränderten Steuersätze und Gebühren. Erfreulich ist auch die Tatsache, dass wir bei der dritten Fortschreibung unseres Haushaltssicherungskonzeptes im Plan liegen und ein Haushaltsausgleich 2025 weiterhin rechnerisch dargestellt werden kann.

Eine große Überraschung war die aktuelle Entwicklung im Haushaltsjahr 2017. Statt des prognostizierten Fehlbetrags in Höhe von 1,5 Mio. € können wir voraussichtlich mit einem Überschuss von über 1,5 Mio. € rechnen. Das ist zunächst einmal sehr erfreulich, zeigt aber auch wie schwierig die kommunale Finanzplanung ist. Einzig und allein die sehr positive Entwicklung der Gewerbesteuer ist für dieses dicke Haushaltsplus verantwortlich. Und gerade diese Steuerart ist so schwer zu prognostizieren, ist häufig großen Schwankungen und Unsicherheiten unterworfen. Außerdem müssen wir schauen, wo es sich bei dieser deutlichen Steigerung um Einmaleffekte handelt und ob wir Erstattungen an die Gewerbesteuerpflichtigen leisten müssen. Es wäre deshalb unseriös die über 8 Mio. € des Jahres 2017 als Planungszahl für den Haushalt 2018 anzunehmen. Hier mit 6 Mio. € zu planen ist richtig.

Schon jetzt ist klar, dass die Verbesserung der Gewerbesteuererträge zur deutlichen Reduzierung bei den Schlüsselzuweisungen führt.

Die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre zeigen mit ihren Schwankungen keinen Trend, haben keine Konstanz.

Wir dürfen uns deshalb von der erfreulichen positiven Entwicklung in diesem Jahr nicht blenden lassen, sondern weiterhin sehr behutsam mit unseren Ausgaben umgehen.

Wir sind und bleiben in der Haushaltssicherung !

Bei vielen Ausgaben handelt es sich um Pflichtausgaben, die wir nicht beeinflussen können.

Der dickste Brocken ist jedes Jahr die Kreis- und Jugendamtsumlage, die seit einigen Jahren nur noch eine Richtung kennt, steil nach oben.

Wir mussten in einem Bericht der Westfalenpost vom 22.07.2017 zur Kenntnis nehmen,..... dass beim Kreisjugendamt die Kosten explodieren. Deutliche Steigerung bei der sozialpädagogischen Familienhilfe, wo Kindern und Jugendlichen individuell geholfen werden muss. Die Fälle werden schwieriger, dauern länger und werden komplexer.bis zur 1:1-Betreuung eines Jugendlichen rund um die Uhr, was dann über 10.000 € im Monat kosten kann.

Wo führt das hin? Man muss kein Prophet sein, um eine weitere Steigerung der Umlagekosten zu prognostizieren.

Nach aktuellen Zahlen und nach Senkung der ursprünglich geplanten Hebesätze zahlen wir knapp 7,8 Mio. €. Der endgültige Beschluss fällt in der Sondersitzung des Kreistages am 12.01.2018.

Ich habe mal geschaut. Zu Beginn dieser Legislaturperiode, 2014, betrug die Kreis- und Jugendamtsumlage etwas über 6 Mio. €. Nun fast 8 Mio. €, eine enorme Steigerung.

Wie gesagt, bei vielen Ausgaben sind wir fremdbestimmt.

Dann gibt es aber auch Ausgaben, bei denen wir uns Selbstbestimmung erhalten haben und ich nehme Bezug auf Positionen im Haushalt 2018, die wir ausdrücklich begrüßen.

Da sind zunächst die Maßnahmen am Franz-Hoffmeister-Schulzentrum. Nachdem die Gebäude der Grundschulen nach den Sanierungsmaßnahmen der letzten Jahre in gutem baulichen Zustand sind, ist jetzt das Schulzentrum dran. Die Schule wurde 1977 erbaut und hat einen erheblichen Sanierungsbedarf.

Hier werden wir in den nächsten Jahren 2 Mio. € ausgeben, auch dank der Förderprogramme „Gute Schule 2020“ und des Kapitels 2 des Kommunalförderungsgesetzes. Das ist gut angelegtes Geld, sind wir doch verpflichtet, ein attraktives Schulangebot zu machen.

Differenzierung bei unserer Sekundarschule ohne Differenzierungsräume geht nicht, wir können das aufgrund der großzügigen räumlichen Möglichkeiten bieten. Barrierefreiheit ist heutzutage ein Muss, aber durch den Einbau von drei Aufzügen auch eine teure Angelegenheit. Genauso wie die Neuanlage des Fachraums Physik.

Wichtig sind die Maßnahmen für unsere Sportstätten, die nicht nur dem Schulsport sondern auch unseren Sportvereinen zur Verfügung stehen.

Auch sind wir weiterhin in der Lage unsere Schützenbruderschaften bei der Instandhaltung ihrer Schützenhallen zu unterstützen, die ja nicht nur während der Schützenfeste wichtige Begegnungsstätten unserer Bürgerinnen und Bürger sind.

Investitionen in unsere Feuerwehr sind und bleiben selbstverständlich.

Auch in diesem Jahr ist wieder eine hoher Betrag, 225.000 € für ein TLF 3000, im Haushalt eingestellt.

Für Straßenunterhaltungsmaßnahmen haben wir 200.000 € vorgesehen, ein Plus von 67.000 € gegenüber 2017, aber eigentlich immer noch zu wenig.

Über die Investition „Errichtung Bestattungswald“ freuen wir uns, war es doch ein besonderes Anliegen unserer Fraktion (Unser Antrag vom 27.04.2016), der Veränderung in der Bestattungskultur Rechnung zu tragen. Verwundert haben wir zur Kenntnis genommen, dass auch bei einem Bestattungswald ein Artenschutzgutachten erforderlich und zu finanzieren ist.

Ich komme nun zu den beiden Projekten, „Stellwerkgebäude am Bestwiger Bahnhof“ und „Aussichtsplattform Plästerlegge“.

Reflexhaft könnte man sagen, brauchen wir nicht, ist zu viel Geld für uns. Aber wenn man mal in die Ferne schaut und allein nur die Kostensteigerungen bei Projekten wie Elbphilharmonie in Hamburg, Neuer Bahnhof Stuttgart 21 oder Berliner Flughafen sieht, dann sollten wir hier in Bestwig doch so selbstbewusst sein, dass wir solch vergleichsweise kleinen Projekte finanzieren können.

Beim Punkt „Aussichtsplattform Plästerlegge“ ist es doch so, dass wir hier mit dem einzigen natürlichen Wasserfall in Nordrhein-Westfalen ein touristisches Alleinstellungsmerkmal haben, was wir -wie bisher- nicht verstecken dürfen, sondern offensiv aufwerten und dann auch touristisch vermarkten müssen.

Es ist doch ärgerlich, wenn sich unsere Gäste über den Status quo im Internet sehr kritisch äußern, wie Norbert Arens, Geschäftsführer der Touristischen Arbeitsgemeinschaft, berichtet. Das ist Negativwerbung für unseren Ort. Da sollten, da müssen wir was tun.

Beim Umbau des „Stellwerkgebäudes“ geht es ja zunächst einmal darum, ein

altes das Ortsbild prägende Gebäude zu erhalten und nicht zum Schandfleck werden zu lassen. Denn eins ist klar, macht man nichts, verfällt das Gebäude.

In der jüngsten Vergangenheit ist viel alte Bausubstanz aus dem Ortskern Bestwigs verschwunden. Deshalb macht es Sinn, das Stellwerk zu erhalten, zumal es Teil der Bahnhistorie unserer Gemeinde ist.

Es bleibt für uns bei der Absprache im Haupt- und Finanzausschuss: Projekt Stellwerkhäuschen bleibt im Haushalt 2018, Bürgerbeteiligung möglichst im Rahmen des IKEK-Prozesses, anschließend erneuter Ratsbeschluss für dieses Projekt.

Was die notwendige Leaderförderung betrifft, bin ich sehr optimistisch, da es sich doch um für unsere Gemeinde wichtige Projekte handelt.

Bei den Renaturierungsmaßnahmen wird viel Geld in die Hand genommen. Aber diese Ausgaben mit einer Landeszuwendung von 90 % sind sinnvoll. Was da in den letzten Jahren entstanden ist, ist nachhaltig und wertet unsere Gemeinde auf.

Ein Wort zur Windkraft. Seit 2015 mühen wir uns um die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bestwig zur Ausweisung von weiteren Windvorrangflächen als Konzentrationszonen für die Errichtung von Windenergieanlagen im Bestwiger Gemeindegebiet mit der Folge der Ausschlusswirkung an anderer Stelle gem. § 35 Abs. 3 BauGB.

(Allein schon diese Überschrift!! 5 Zeilen!!)

Windkraft ist ein dermaßen komplexes Thema, dass einem schon beim Lesen der sehr umfangreichen Verwaltungsvorlagen schwindlig wird. Auffällig ist das wiederholte Einbringen des Sachverständigen von außen, die fachliche Beratung.

...von einem erfahrenen Landschaftsplaner, von einer Rechtsanwaltskanzlei, von einem Artenschutzgutachter usw.

Das ist notwendig, aber auch teuer. Windkraft bedeutet für die Bestwiger Gemeindeverwaltung einen extrem hohen Zeitaufwand und für den Gemeindehaushalt hohe Ausgaben.

Auch im Haushalt 2018 sind wieder Planungskosten in Höhe von 50.000 € eingestellt.

Dieser Aufwand ist notwendig, damit wir im Entwicklungsausschuss und im Rat zu sachlich begründeten Entscheidungen kommen.

Eines muss man dazu anmerken: Aus rein rechtlichen Gründen können wir in Bestwig nicht für oder gegen Windkraft entscheiden, sondern nur wie wir mit den sich dauernd ändernden politischen und rechtlichen Vorgaben umgehen und beim Anwohner-, Landschafts- und Naturschutz die richtigen Entscheidungen treffen.

Auch heute Morgen wieder ein großer Artikel im Mescheder Teil der Westfalenpost zum Thema Windkraft:

Zwei aktuelle Gerichtsentscheidungen zum Mescheder Flächennutzungsplan.

Es bleibt spannend !!

Thema Breitbandausbau.

Schritt für Schritt sind wir hier weitergekommen. Wir als Fraktion sind froh, dass die Breitbandversorgung der unterversorgten Gemeindebereiche, der Gewerbegebiete und der Schulen nunmehr erfolgt, mit der Koordination der Förderung bzw. Durchführung durch den Hochsauerlandkreis – und das mit 100 %- Förderung! Genau das haben wir als SPD-Fraktion immer gefordert.

Die CDU-Fraktion hat in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgeschlagen, insgesamt 100.000 € für Breitbandinvestitionen zur Verfügung zu stellen.

Und zwar sollen dort wo Straßen geöffnet werden Leerrohre verlegt werden und nicht nur über die Hauptachse, sondern mit Röhren-Abzweigungen zu jedem Grundstück. Und immer dann, wenn die Leerrohre nicht durch die Netzbetreiber verlegt werden.

Von dieser Forderung waren wir als SPD-Fraktion nicht weit entfernt. Auch wir sind für den Einbau von Leerrohren, auf der Hauptachse. Ich beziehe mich da auf einen Vermerk der Verwaltung vom 01.12.2017. Wir waren bei unseren Beratungen in der Fraktion davon ausgegangen, dass hier, erstens, eine gesetzliche Verpflichtung gem. § 77 i DigiNetzG besteht und zum zweiten wir in Vorleistung gehen und die Leerrohre im sogenannten Betreibermodell anschließend vermieten. Dazu gingen wir wie dargestellt von Kosten in Höhe von 37.200 € aus.

Es ist ja so, dass es nun wirklich vernünftig ist, dass neue Straßen, für die die Anwohner nach dem KAG viel Geld bezahlen, nicht nach kurzer Zeit wieder aufgerissen werden.

Unsere Skepsis bleibt bei der tatsächlichen Ausführung.

Es ist im Vorfeld eine detaillierte Planung mit dem Netzbetreiber notwendig!

Ist es gewährleistet, dass diese Leerrohre mit Abzweigung auch tatsächlich genutzt werden können, wenn vielleicht Jahre später Glasfaserkabel eingezogen werden sollen?

Bis wohin genau werden sie verlegt? Gibt es Probleme mit dem jeweiligen Grundstückseigentümer ?

Unbedingt muss vermieden werden, dass Rohre verlegt werden, die für den Breitbandausbau nicht genutzt werden können. Es wäre dann reine Geldverschwendung.

Wir haben uns nach kontroverser Diskussion entschlossen, diesen Vorschlag der CDU-Fraktion mitzutragen. Auch wir sehen die in den Haushalt eingestellte Summe, bisher 20.000 €, zusätzlich 80.000 €, nicht als vorweggenommene Kalkulation, sondern als Option handlungsfähig zu bleiben, wenn wir was machen müssen. Denn eigentlich sind es ja die Netzbetreiber, die hier in der Pflicht sind, auch beim Verlegen von Leerrohren.

Und für die SPD-Fraktion ist klar und eine Selbstverständlichkeit, dass, bevor dieses zusätzlich im Haushalt eingestellte Geld ausgegeben wird, verwaltungsseitig sehr sorgfältig im Einzelfall geprüft wird, warum kein Netzbetreiber tätig wird und wir Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.

Und mit diesen dann aktuellen Erkenntnissen muss dann der Fachausschuss bzw. Rat in jedem Einzelfall entscheiden, ob wir die Haushaltsmittel der Gemeinde ausgeben.

Ich habe es im Haupt- und Finanzausschuss schon betont: die SPD-Fraktion verschließt sich nicht der Digitalisierung. Aber wir müssen bei jedem Euro, den wir dafür ausgeben, sehr sorgfältig prüfen, ob das notwendig ist.

Wir sind, ich wiederhole das, in der Haushaltssicherung.

Auch sind wir hier wieder bei dem grundsätzlichen Problem, dass wir bei vielen kommunalen Ausgaben auf die Hilfe von Bund und Land angewiesen sind. Es kann ja nicht sein, dass Bundes- und Landespolitiker in jeder Wahlkampfveranstaltung, in vielen Talkshows die Digitalisierung der Bundesrepublik verkünden und dann gerade den ländlichen Raum nicht ausreichend mit Geldmitteln versorgen.

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen.

Wie wir ja schon im Haupt- und Finanzausschuss geäußert haben, stimmt die SPD-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsentwurf zu.

(Zum Vorschlag der CDU-Fraktion i.S. Ausbau Breitbandversorgung habe ich mich gerade geäußert.)

Es bleibt mir noch, mich –auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion- bei Bürgermeister Ralf Péus und Kämmerer Klaus Kohlmann für die gute Zusammenar-

beit zu bedanken.

Danke sagen wir auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Und auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und Pirat Julius Hahn sage ich Dankeschön für die Zusammenarbeit. Es war immer möglich sich nicht nur hier im Rathaus, sondern auch außerhalb dieses Hauses bei vielen Gelegenheiten sachlich und menschlich vernünftig zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2018.

Danke für die Aufmerksamkeit!

Sodann erteilt **Bürgermeister Ralf Péus** dem **Einzelratsmitglied der Piraten, Herrn Julius Hahn**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor fast genau einem Jahr haben wir den Haushalt 2017 beschlossen. Da sich hinsichtlich des Jahresabschlusses einige positive Veränderungen ergeben haben, möchte kurz noch einmal zum Haushalt 2017 ein paar Worte sagen. Diese haben nämlich auch, mehr oder weniger direkte, negative Auswirkungen auf den Haushalt des Jahres 2018.

Nach der am 21.12.2016 beschlossenen Haushaltssatzung sollte der Haushalt der Gemeinde Bestwig im Jahre 2017 einen Fehlbetrag von etwas über 1,5 Millionen Euro aufweisen. Der im Haushaltsjahr fortgeschriebene Ansatz wies dann einen Fehlbetrag von etwa 1,6 Millionen Euro aus. Umso überraschter waren wir, ich denke ich darf hier für alle Kolleginnen und Kollegen sprechen, als der Kämmerer Klaus Kohlmann im Finanzzwischenbericht in der Ratssitzung am 20.09.2017 ausführte, dass sich das Jahresergebnis um 3,1 Millionen Euro verbessert, nunmehr also mit einem Jahresüberschuss von 1,5 Millionen Euro zu rechnen ist. Diesem Umstand liegen höhere Gewerbesteuereinnahmen zugrunde, teilweise auch hervorgerufen durch Einmaleffekte. Nichts desto trotz doch alles in allem positive Zeichen, so wird die Gewerbesteuer vereinfacht gesagt anhand der Ertragskraft der Gewerbebetriebe gemessen. Hohe Gewerbesteuereinnahmen bedeuten also gleichzeitig ertragsstarke Gewerbebetriebe. So etwas wünscht man sich in seiner Gemeinde. Im Jahr 2017 erzielten wir mit Abstand das höchste Gewerbesteueraufkommen in der Geschichte der Gemeinde Bestwig.

Meine Damen und Herren,
ich könnte mich mehr darüber freuen, wenn sich dies nicht negativ auf den Haushalt 2018 auswirken würde. Bisher habe ich in jeder Haushaltsrede die Schlüsselzuweisungen erwähnt und auch in diesem Jahr werde ich Sie nicht davon verschonen können. Im Jahr 2018 können wir mit ca. 1,2 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen rechnen, knapp 350.000 € weniger als im vergangenen Jahr. Ganz bitter ist jedoch der Blick auf das Haushaltsjahr 2019, in welchem wir noch mit knapp 650.000 € Schlüsselzuweisungen rechnen können. Damit werden die Schlüsselzuweisungen im Vergleich zum Jahr 2017 mehr als halbiert. Das liegt vor allem an den Referenzzeiträumen, in welchen die Steuereinnahmen der Gemeinde gemessen werden und so die Höhe der Schlüsselzuweisungen bestimmt

werden. Dieses System hat meiner Meinung nach einen großen Fehler. So wirken sich höhere Steuereinnahmen erst zwei Jahre später aus, völlig unabhängig davon, wie groß die Steuerkraft der Gemeinde in dem Jahr ist.

Wie unlogisch dieses System ist, lässt sich erklären, in dem man diese Berechnungsmethode einmal auf die Einkommenssteuer überträgt. Ende des Jahres 2017 erhält ein Arbeitnehmer aufgrund der Insolvenz seines Arbeitgebers eine Abfindung in Höhe eines Jahresgehaltes. Steuern zahlt er hierauf jedoch nicht im Jahr 2017 sondern erst im Jahr 2019, wo der Arbeitnehmer vielleicht lediglich Grundsicherung oder ähnliches bezieht. Weitere Beispiele sind denke ich nicht nötig. Die neue Landesregierung sollte vielleicht auch einmal überlegen, ob sie hinsichtlich des Referenzzeitraumes andere Maßstäbe an den Tag legt. So wäre es doch zum Beispiel möglich, bei unerwartet hoher Steuerkraft Schlüsselzuweisungen aus dem Jahr zurück zu zahlen, dafür jedoch in den darauffolgenden Jahren wieder ähnlich hohe Zuweisungen auszuzahlen. Ansonsten werden Gemeinden für ihre erhöhte Steuerkraft bestraft und die Haushaltsplanung der darauffolgenden Jahre rutscht automatisch ins Minus, ohne das die Gemeinde hiergegen etwas unternehmen kann.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihre Wahlversprechen in die Tat umgesetzt und eine neue Modellrechnung des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes auf den Weg gebracht. Dadurch werden die Kommunen in den Ballungszentren nicht mehr ganz so stark bevorzugt wie in den vergangenen Jahren. Zurzeit hilft das uns aufgrund der guten Steuerkraft nicht viel. Bleibt abzuwarten, wie sich das Gemeindefinanzierungsgesetz in der Zukunft verändern wird.

Erfreulich wirkt auf den ersten Blick, dass der Hebesatz der Kreisumlage im Jahre 2018 um 2,5 %-Punkte sinkt. Schaut man sich jedoch den Kreishaushalt genauer an, kommt keine Freude mehr auf. So erhält der Kreis aufgrund der gestiegenen Steuerkraft aller Städte und Gemeinden im Hochsauerlandkreis, alleine aus der Kreisumlage einen Betrag von über 12 Millionen Euro über dem Planansatz. Fair wäre jetzt diesen Mehrertrag von 12 Millionen Euro im nächsten Jahr durch entsprechende Senkung der Kreisumlage an die Gemeinden weiterzugeben. Der Kreis gibt die jedoch nicht die gesamte Summe von 12 Millionen Euro an die Gemeinden weiter, sondern nutzt einen Teil des Geldes, um den eigenen Haushalt aufzubessern. Und das obwohl nur die Gemeinden durch eigene Anstrengung zur erhöhten Steuerkraft beigetragen haben. Auch besitzt der Hochsauerlandkreis eine immer noch sehr großzügig gefüllte Ausgleichsrücklage von über 10 Millionen Euro. Auch hier ist ungewiss, wie sich der Hebesatz der Kreisumlage in Zukunft entwickeln wird. Appellieren möchte ich noch einmal an alle Kreistagsmitglieder und ihnen mitteilen, dass die Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden kein Selbstbedienungsladen sind.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
im letzten Jahr haben wir festgestellt, dass sich im Haushaltsentwurf absolut kein Einsparpotential mehr fand. Und in diesem Jahr? Waren zumindest CDU und SPD der gleichen Meinung. Hier habe ich eine klar abweichende Meinung. Dies betrifft die Projekte „Umbau des alten Stellwerkgebäudes“ in Bestwig und die Aussichtsplattform an der Plästerlegge in Wasserfall. Hier sehe ich vor allem in Zeiten der Haushaltssicherung den Kosten-Nutzen-Faktor. Mit dem Umbau des alten Stellwerkgebäudes möchte man Bestwigs Eisenbahngeschichte in den Fokus richten. An sich sehr begrüßenswert. Das umgebaute Stellwerkgebäude ist jedoch nicht geeignet dafür. Um Bestwigs Eisenbahngeschichte in den Vordergrund zu stellen, hätte sich aus meiner Sicht viel besser das alte Lokschuppengelände geeignet. Dieses konnte oder wollte man zur damaligen Zeit nicht erwerben. So genau lässt sich das auch aus den alten Niederschriften jedenfalls nicht mehr nachvollziehen.

Nachvollziehen kann ich auch nicht die Pressemeldung der Gemeinde vom 13.12.2017 unter dem Titel „Plattform soll wieder für freie Sicht auf den Wasserfall sorgen“. Dort heißt es, dass das Team der Touristischen Arbeitsgemeinschaft immer wieder Anrufe erhalte, in denen sich die Besucher des Wasserfalls beklagen, dass nichts zu sehen sei. Dass dort ein Problem von solch einer „Größe“ besteht, war mir als Ratsmitglied nicht bekannt. Wenn es dort wirklich ein Problem gibt, müsste dieses ja auch schon länger bestehen. Lösen können wir es meiner Meinung nach nicht. Zumindest nicht in Zeiten der Haushaltssicherung. Auch bin ich fest überzeugt davon, dass dadurch kein Tourist weniger in die Gemeinde kommen wird.

Selbstverständlich müssen wir auch zu Zeiten knapper Kassen umfassend investieren. Jedoch muss hier priorisiert werden. Eine oberste Priorität sehe ich bei diesen beiden Projekten ganz und gar nicht.

Eine deutlich höhere Priorität sehe ich da in dem Vorschlag der CDU-Fraktion, Geld für die Verlegung von Leerrohren für Glasfaserkabel bereitzustellen. Ein gut ausgebautes Glasfasernetz kann in einigen Jahren ein Alleinstellungsmerkmal sein. Und ein solches Alleinstellungsmerkmal brauchen wir, um fortan auch für Gewerbebetriebe und junge Menschen bzw. Familien attraktiv zu bleiben. Glasfaser wird ohne jeglichen Zweifel die Zukunft bilden. Alleine durch das Bereitstellen der Mittel wird der Druck auf die Netzbetreiber erhöht. Und diese müssen merken, dass die Gemeinde Bestwig bereit ist für Glasfaser. Ob mit oder ohne Unterstützung der Netzbetreiber.

Wichtig und unaufschiebbar sind auch die Investitionen der nächsten Jahre im Bereich des Schulzentrums in Bestwig. Das Geld wird unter anderem in die Erneuerung einiger Fachräume sowie zur Umsetzung der Digitalisierung des Schulbetriebes investiert. Maßnahmen die ich ohne jeden Zweifel begrüße.

Alles in allem werde ich dem Haushaltsentwurf in diesem Jahr, aufgrund der im Haushalt enthaltenen Summen für die Projekte „Stellwerkgebäude“ und „Plattform Plästerlege“, jedoch nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren,

ich komme zum Schluss und bedanke mich beim Bürgermeister Ralf Péus und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Auch bei den beiden Fraktionen möchte ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr bedanken. Der besondere Dank gilt wie immer den zahlreichen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde. Ich wünsche Ihnen allen erholsame Weihnachten, einen gesunden Start in das Jahr 2018 und bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Bürgermeister Ralf Péus verliert einen mit den Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld der Sitzung abgestimmten veränderten Beschlussentwurf 2.1 zur Verw.-Vorlage 091/2017.

Sodann ergehen folgende Beschlüsse:

- 1. Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Breitbandinvestitionen im Haushalt 2018 in Höhe von 80.000 €.**

Bezüglich der Verwendung dieser Mittel gilt Folgendes:

Um unnötige spätere Straßenaufbrüche zu vermeiden, wird angestrebt, bei künftigen Straßenneubau- bzw. Straßensanierungsmaß-

nahmen die Verlegung von Leerrohren bis auf die Hausgrundstücke durch Drittanbieter zu erreichen. Sollte sich im Einzelfall kein Drittanbieter hierzu bereit erklären, ist nach verwaltungsseitiger bzw. externer Prüfung und Planung im zuständigen Fachausschuss bzw. im Rat zu entscheiden, ob eine Verlegung unter Inanspruchnahme o.g. Investitionsmittel durch die Gemeinde Bestwig erfolgen soll.

Beschluss: einstimmig

2. Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2018 der Gemeinde Bestwig mit ihren Anlagen und die Dritte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2018 in der am 06.11.2017 aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der der Verwaltungsvorlage 091/2017 beigefügten 1. Veränderungsliste 2018 sowie des Beschlusses Nr. 1 / TOP 10 aus der der Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig am 20.12.2017.

Beschluss: 25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

(Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung wird dem Protokollbuch als Anlage beigefügt.)

Die Richtigkeit des Auszuges wird hiermit beglaubigt. Gleichzeitig wird bescheinigt, dass zur Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung vorschriftsmäßig eingeladen worden ist.

Bestwig, den 22.12.2017



Der Bürgermeister
Im Auftrag: